

Vergleich der Positionen der Kandidaten

François Fillon, Benoît Hamon, Marine Le Pen, Emmanuel Macron, Jean Luc Mélenchon

Marine Le Pen	François Fillon	Emmanuel Macron	Benoît Hamon	Jean Luc Mélenchon
Europa				
<ul style="list-style-type: none"> • Volksabstimmung über den EU-Austritt und den Ausstieg aus der Euro-Zone • Aussetzung von Schengen: Frankreich wird Grenzen wieder kontrollieren. • Nationales Recht soll wieder Vorrang vor europäischem haben. • Bildung einer Paneuropa-Union souveräner Staaten, die die Schweiz und Russland einschließt. • Nettobeitrag Frankreichs zum EU-Haushalt soll bei Null liegen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Euro Leitwährung wie der Dollar • Kontrolle der Euro-Zone von EU-Kommission an politisches Direktorium der Euro-Zonen Länder übertragen • Harmonisierung der Steuern in der Währungsunion, daran anschließend Einrichtung einer europäischen Kasse und Vergemeinschaftung der Schulden. • Kein Ausstieg aus dem Schengen-Abkommen, aber Ausweisung aus einem Schengenland muss für gesamten Raum gelten. • Europäische Sozial- und Umweltnormen müssen auch für importierte Produkte gelten. • Subsidiarität zugunsten von Mitgliedsstaaten stärken • Frontex-Budget verdreifachen 	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzausgleich: Die Starken müssen den Schwachen helfen. • Schaffung gemeinsamer Wirtschaftsstrukturen. • Schengen-Vereinbarungen bewahren und schützen. • Verstärkung von Frontex durch 5.000 Grenzwächter mehr an europäischen Grenzen • Gemeinsames Informationssystem für besseren Austausch bei der Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus 	<ul style="list-style-type: none"> • Rekonstruktion Europas durch progressive Energiepolitik, Frankreich als Pionier • Steuerangleichungen in Europa / Schuldenerlass für am höchsten verschuldete EU-Staaten • Europäischer Fiskalpakt: Keine Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben bei Berechnung des Haushaltsdefizits, Haushaltsdefizit unter 3% kein Ziel • Zahlungsaufschub und Reformation des Stabilitätspakts und des Europäischen Fiskalpaktes 	<ul style="list-style-type: none"> • Plan A: in EU bleiben, aber aus bestehenden Verträgen austreten, demokratische Neulegung der Verträge, Aufgabe der Austeritätspolitik gegen Deutschland durchsetzen • Plan B: falls Plan A nicht erfolgreich, Austritt aus der EU • Schuldenerlass für die armen Länder • Abbruch der Beziehungen zu Staaten und Organisationen, die den Terrorismus finanzieren.
Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik				
<ul style="list-style-type: none"> • Stopp jeglicher Zuwanderung nach Frankreich 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines europäischen Asylrechts • Sozialleistungen für Nicht-EU-Bürger erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Frankreich, während dem sie nicht straffällig geworden sein dürfen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme von Flüchtlingen ist eine moralische Verpflichtung • Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren, damit eine zügige Ausbildung und Integration für Personen mit Asylrecht und eine zügige Abschiebung von Personen ohne Asylrecht möglich ist. 	<ul style="list-style-type: none"> • Durchreisevisa für Flüchtlinge • Beseitigung von Integrationshürden (Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge nach drei Monaten, Verbesserung des Zugangs zur französischen Sprache) • Modifizierung des Asylrechts (Dubliner Übereinkommen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine humanitäre Politik, die eine würdevolle Behandlung von Flüchtlingen garantiert. • Status von Berufstätigen ohne gültige Papiere legalisieren • Gegen eine permanente globale Migration.
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik				
<ul style="list-style-type: none"> • 39- Stundenwoche genehmigen • Rente: Einstiegsalter ab 60 (Einstiegsalter für Mütter mit mindestens 3 Kindern senken, wer 40 Jahre lang Beiträge bezahlt hat, darf in Rente gehen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsrecht auf grundsätzliche Normen beschränken • Rente: Erhöhung des Eintrittsalters von 62 auf 65 Jahre • Bei Ablehnung von Arbeitsangeboten: Verlust der Rechte eines Arbeitslosen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsrecht auf grundsätzliche Normen beschränken • Rente: Einstiegsalter im Hinblick auf Beruf bestimmen: Alter zwischen 60 und 67 Jahren festlegen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts und Neuverhandlungen • Grundlohn für alle zur Existenzsicherung i.H. v. 750 € • Ausweitung der Sozialwirtschaft: 2025 20% Anteil am BIP (derzeit 10%) 	<ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts • Rente: Einstiegsalter ab 60 • Einführung einer 32-Stunden Woche • Verbot von börsenbedingten Entlassungen

Marine Le Pen	François Fillon	Emmanuel Macron	Benoit Hamon	Jean Luc Mélenchon
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik				
<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Rentenbudgets um alle Leistungen, die nach dem nationalen Solidaritätsprinzip anfallen, finanzieren zu können 	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der 35 Stunden-Woche Im ÖD Einführung einer 39 Stunden-Woche wobei Lohn einer 37 Stunden-Woche entspricht 	<ul style="list-style-type: none"> Nationalisierung der Arbeitslosenversicherung, Finanzierung soll nicht weiter auf Sozialversicherungsbeiträgen basieren, sondern auf Steuereinnahmen. Aufrechterhaltung der 35- Stunden Woche, Branchen und Unternehmen können Flexibilisierung aushandeln 	<ul style="list-style-type: none"> 35 Stunden Woche beibehalten, Anpassung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> Pflicht des Staates Arbeitslosen eine Arbeit von allgemeinen Interesse anzubieten Mindestlohn auf 1300 € netto monatlich anheben
Finanz- und Steuerpolitik				
<ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Ausgaben binnen 5 Jahren um 60 Mrd. € reduzieren (Ziel: 2022: 50%-Anteil am BIP) Unternehmenssteuer reformieren, um Gesellschaften zu zwingen in Frankreich erzielte Profite in Frankreich zu reinvestieren und Steuervermeidung durch große Gruppen ein Ende zu bereiten Spitzensteuersatz auf 46% festlegen 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Ausgaben binnen 5 Jahren um 87,4 Mrd. € reduzieren (Ziel: 2022: 49%-Anteil am BIP) Unternehmen steuerlich um 44 Mrd. € jährlich entlasten Progressive Senkung der Einkommenssteuern Aufhebung der Besteuerung von 75% von Jahreseinkommen über 1 Mill. € 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Ausgaben binnen 5 Jahren um 50 Mrd. € reduzieren (Ziel: 2017: 53,5%-Anteil am BIP, 50% 2022) Verringerung des Unterschieds zwischen Brutto- und Nettogehalt durch eine Aufhebung der Kranken- und Arbeitslosenbeiträge, gleichzeitig Anhebung der von allen Arbeitnehmern zu zahlenden CSG um 1,7 Punkte Reform der Vermögenssteuer (keine Steuer auf Kapital, das investiert wird, weiterhin Besteuerung von Immobilieneinkünften) 	<ul style="list-style-type: none"> Progressive Gestaltung der Einheitssteuer CSG zur Entlastung von Geringverdienern Zusammenlegung von Vermögens-, Erbschafts- und Grundsteuer (progressive Gestaltung und Vereinfachung des Systems) Einführung einer Steuer auf Roboter, wenn sie eine Person in einem Unternehmen ersetzen. 	<ul style="list-style-type: none"> Maximaleinkommen in Höhe von 400.000 Euro jährlich, alle darüber hinaus erzielten Einkünfte zu 100% versteuern
Energieversorgung und Umwelt				
Alle Kandidaten möchten erneuerbare Energien und die energetische Sanierung von Gebäuden fördern.				
<ul style="list-style-type: none"> An Atomenergie festhalten, da sie kaum CO2 ausstößt. Anteil an fossilen Energien am Energiemix binnen 20 Jahren um die Hälfte reduzieren, um so auch die Kontakte zu Ländern, die Ideologien exportieren, zu reduzieren Gegen die Förderung von Schiefergas 	<ul style="list-style-type: none"> Laufzeit der AKW von 40 auf 60 Jahre verlängern, keine Schließung des AKW Fessenheim Atomenergie als französische Exzellenzsparte weiterentwickeln Garantierte Abnahme von Strom aus EE-Produktion abschaffen; Anreize zum Bau neuer EE-Anlagen durch Steuervergünstigungen Die Forschungen über die Nutzung von Schiefergas fortsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> Kein Ausstieg aus der Atomenergie, sicherstellen, dass Frankreich sein Exzellenzwissen in diesem Bereich behält Staatliche Begleitung der Erweiterung des französischen Energiemix um die Abhängigkeit von der Atomenergie zu vermindern Umweltfreundliches Steuersystem um eine Wirtschaft mit niedrigem CO2-Ausstoß zu erreichen 	<ul style="list-style-type: none"> Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2025 auf 50% steigen. Progressiver Ausstieg aus der Atomenergie, Schließung von Risikoreaktoren Steuerliche Begünstigung für Dieselkraftstoffe beenden 	<ul style="list-style-type: none"> Referendum über die Energiepolitik und Nutzung der Atomenergie durchführen, sofortige Schließung des AKW Fessenheim 2050 soll der französische Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt werden Ausstieg aus dem Diesel / CO2-Steuer auf Warentransporte Gegen die Förderung von Schiefergas
Besondere Vorschläge				
<ul style="list-style-type: none"> Wiedereinführung der Todesstrafe oder einer tatsächlich lebenslangen Freiheitsstrafe 	<ul style="list-style-type: none"> 100 Mrd. € Einsparungen durch die Streichung von 500.000 Beamtenstellen in allen Sparten des öffentlichen Dienstes Abschaffung eines Feiertags in Frankreich 	<ul style="list-style-type: none"> „Aktivitätsprämie“ als Ansporn für Arbeitslose wieder zu arbeiten. 	<ul style="list-style-type: none"> Konsum von Cannabis legalisieren, Staat soll den Vertrieb übernehmen um illegale Vertriebsstrukturen auszutrocknen. 	<ul style="list-style-type: none"> Konsum von Cannabis legalisieren Nach der Wahl soll eine Versammlung einberufen werden, die eine Verfassung für eine 6e République ausarbeitet, die die der 5e République (präsidientielle Monarchie) ersetzen soll.